

IM GESPRÄCH

Gegen den Schönheitswahn

Die von der Bundesärztekammer gestartete Koalition findet inzwischen viele Mitglieder.

3

GESUNDHEITSPOLITIK

Gespräche statt Schweigen

Pflegemängel an der Saar – Ärzte und Kassen sind wieder im Gespräch.

6

MEDIZIN

Metronidazol bei Kupferröte

Bei Rosazea ist eine spezifische und oft kontinuierliche Therapie erforderlich.

11

WIRTSCHAFT

Wachstumsmarkt E-Health

Die elektronische Gesundheitskarte könnte schon bald zum Exportschlager werden.

15

GESELLSCHAFT

„Trotzdem bin ich noch Frau“



„Trotzdem“ ist der Titel einer Foto-Aktion für Frauen mit Brustkrebs. Die Fotos sollen betroffenen Frauen Mut machen.

19

ÄRZTE & ZEITUNG Postfach 20 02 51
Verlagsgesellschaft mbH 63077 Offenbach

Leser-Service: Tel.: (06102) 5060
 Fax: (06102) 506177
Redaktion: Tel.: (06102) 5060
 Fax: (06102) 506170
Verlag: Tel.: (06102) 5060
 Fax: (06102) 506123
Internet: E-mail: info@aerztezeitung.de
 Web: www.aerztezeitung.de
 Bwort: arztonline

Zs. B
 2609/x
 ZB MED

farndat ist, einen Typ-2-Diabetes zu entwickeln. Dazu wurden zu Studienbeginn der Taillenumfang, das Verhältnis von Taillen- und

Länder wollen Tamiflu kaufen

MÜNCHEN (dpa). Die Bundesländer haben sich auf den Kauf von 13 Millionen Dosen des Grippe-Medikaments Tamiflu® geeinigt. Der Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz Werner Schnappauf (CSU) sagte dem Nachrichtenmagazin „Focus“, alle 16 Minister hätten eine Absichtserklärung an Roche unterschrieben. Die Kosten der belaufen sich auf auf 150 bis 200 Millionen Euro.

Hüftumfang sowie der Körper-Massen-Index (BMI) bestimmt. Im Verlauf der 13jährigen Studie wurden alle neuen Typ-2-Diabetes-Er-

Weniger Früherkennung

Stichprobenanalyse in Nordrhein zur Praxisgebühr

KÖLN (iss). Die zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung abgerechneten Früherkennungsuntersuchungen bei Erwachsenen gingen im Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr um 16 Prozent zurück. Dies ist eine Auswirkung der zehn Euro Praxisgebühr, heißt es in einer Untersuchung des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (ZI) in Köln. Die ZI-Daten stammen aus einer Stich-

neuen Definition des metabolischen Syndroms der Internationalen Diabetes-Föderation.

Siehe auch Hintergrund Seite 2

probenanalyse auf Basis der regelmäßigen Panelerhebung des ZI in der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein mit 1,8 Millionen Behandlungsfällen 2004. Am stärksten zurückgegangen sind danach mit minus 50,6 Prozent die Beratungen zur Darmkrebsfrüherkennung. Die Arztbesuche zur Krebsfrüherkennung sanken bei Frauen um 8,1 Prozent, bei Männern um 8,0 Prozent.

Medizin jenseits des Individuums

Vor dem Ärztetag beklagt Hoppe die Entpersönlichung der Versorgung

BERLIN (HL). Eine wachsende Fremdbestimmung der Medizin durch den Staat und durch private Kapitalgeber sieht der Präsident der Bundesärztekammer Professor Jörg Hoppe als Folge der Gesundheitsreform und der Knappheit finanzieller Ressourcen.

Diese Entwicklung gehe zu Lasten der individuellen Patientenversorgung, sagte Hoppe im Vorfeld des am 3. Mai in Berlin beginnenden Deutschen Ärztetages.

Die Fallpauschalen in Krankenhäusern und die Disease-Management-Programme in der ambulanten Medizin stellten die Behandlung einer Krankheit vor die Behandlung eines kranken Menschen. Die wachsende Verrechtlichung der Medizin mache den Ärzten Vorschriften bis hin zu einzelnen Handgriffen in bestimmten Disease-Management-Programmen.

Auf der anderen Seite ziehe sich der Staat in der stationären Versorgung immer weiter aus seiner

Verantwortung für die Daseinsvorsorge zurück. An die Stelle von kommunalen und gemeinnützigen Krankenhäusern rückten „profitorientierte“ Privatkliniken.

Der Ärztetag wird sich in diesem Jahr mit der Arbeitssituation der niedergelassenen Ärzte, mit dem Beitrag der Bundesärztekammer zur Versorgungsforschung, dem Zusammenhang zwischen Krankheit und Armut sowie mit der seit langem überfälligen Novellierung der Privat-Gebührenordnung beschäftigen. **Siehe auch Seite 6**

aber der dritte Name genannt. Der Brief habe durchaus für einen Entwurf gehalten werden können, der mit dem dritten Arzt noch nicht abgestimmt gewesen sei, so das Bundesarbeitsgericht. Werde eine Kündigung von einem Vertreter des Arbeitgebers oder in einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts von einzelnen Teilhabern unterzeichnet, müsse das Vertretungsverhältnis für die ganze Gesellschaft deutlich zum Ausdruck kommen.

S Bundesarbeitsgericht, Aktenzeichen: 2 AZR 162/04

Neuer Ansatz zur Therapie bei M. Alzheimer

LA JOLLA (Rö). US-Mediziner haben Alzheimer-Patienten mit einer neuen Therapie mit Erfolg behandelt. Die Forscher um Mark Tuszynski von der Universität von Kalifornien in La Jolla haben in einer Phase-I-Studie den Patienten Gewebe ins Gehirn implantiert, das einen Nervenzellwachstumsfaktor produziert („Nature Medicine“ online). Das Gewebe besteht aus autologen Fibroblasten, die genetisch verändert wurden, so daß sie den Wachstumsfaktor produzieren. Tests ergaben, daß sich die Gehirnmotivität verbesserte. Auch schritt die Demenz weniger schnell fort.